

3023/AB XXIV. GP**Eingelangt am 18.11.2009****Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

BM für Wirtschaft, Familie und Jugend

AnfragebeantwortungPräsidentin des Nationalrates
Mag. Barbara PRAMMERParlament
1017 Wien

Wien, am 17. November 2009

Geschäftszahl:
BMWfJ-10.101/0328-IK/1a/2009

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 3129/J betreffend „Inseratskosten im Wahlkampf“, welche die Abgeordneten Dr. Martin Strutz, Kolleginnen und Kollegen am 24. September 2009 an mich richteten, stelle ich fest:

Antwort zu den Punkten 1 und 2 der Anfrage:

Monat	Medium	Zweck	Kosten in € (inkl. USt.)
August	Profil	Zukunft der Arbeit - Lehre bringt doppelten Gewinn	10.481,52
September	WOMAN	Vereinbarkeit von Beruf und Familie	13.486,59
September	Neues Volksblatt	Lehrlingsland Oberösterreich	5.670,-
September	Österreich	Zukunft der Arbeit - Jobs durch Bauoffensive	21.582,46
September	Krone - Wirtschaft extra	Lehre bringt doppelten Gewinn	22.173,75
September	Heute	Neue Jobs - Neue Chan- cen für die Jugend	9.400,-

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Monat	Medium	Zweck	Kosten in € (inkl. USt.)
September	Heute, Kleine Zeitung, Krone, Kurier, NEWS, OÖN, Presse, RMA/National, Salzburger Nachrichten, Standard, TV-Media, VN, Österreich	13. Familienbeihilfe	229.850,56
September	Innovation Europe	Standort Österreich	15.500,-

Es handelt sich dabei um Informationsarbeit, wie sie in Teil I, Pkt. 10 der Anlage zu § 2 Bundesministeriengesetz als Teil des Wirkungsbereichs der Bundesministerien genannt ist.

Antwort zu Punkt 3 der Anfrage:

In diesem Zeitraum wurden seitens des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend keine Druckkostenbeiträge gewährt.

Antwort zu Punkt 4 der Anfrage:

Die Veranlassungen wurden von den zuständigen Organisationseinheiten wahrgenommen und erfolgten durch die nach der geltenden Geschäftseinteilung der Zentralleitung des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend jeweils dafür zuständigen Bediensteten.

Antwort zu Punkt 5 der Anfrage:

Die diesbezüglichen Empfehlungen des Rechnungshofes wurden und werden berücksichtigt.

Antwort zu Punkt 6 der Anfrage:

Diesbezüglich ist auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 3117/J durch den Herrn Bundeskanzler zu verweisen.